

### Demografie und sozialpolitische Einstellungen: Was sagt die Empirie zu einer möglichen Konfliktlinie Alter?

Wilkoszewski, Harald

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilkoszewski, H. (2012). Demografie und sozialpolitische Einstellungen: Was sagt die Empirie zu einer möglichen Konfliktlinie Alter? *Journal für Generationengerechtigkeit*, 12(1), 30-40. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-317846>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Persönliche Wertorientierungen im European Social Survey. ZUMA-Arbeitsbericht, 2005/01. Mannheim.

Nüchter, Oliver et al. (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen: Budrich.

Nullmeier, Frank (2007): Legitimation der Alterssicherung als staatliche Aufgabe. In: Becker, Ulrich et al. (Hg.): Alterssicherung in Deutschland. Festschrift für Franz Ruland zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos.

Richter, Ingo (1997): Ist der sogenannte Generationenvertrag ein Vertrag im Rechtsinne? Pacta sunt servanda - rebus sic stantibus. In: Liebau, Eckart (Hg.): Das Generationenverhältnis. Über das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft. Juventa, 77-87.

Rürup, Bernd (2007): Die Gesetzliche Rentenversicherung als Instrument der Familienpolitik. In: Becker, Ulrich et al. (Hg.): Alterssicherung in Deutschland. Festschrift für Franz Ruland zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos, 271-287.

Schetsche, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. 7. Auflage. München: Oldenbourg.

Schröter, Friederike (2011): Die grauen Engel. In aller Stille baut der ADAC einen Lobbyverband für ältere Menschen auf. In: Die Zeit (15/2011), 19.

Schulz, Veit (2008): Politische Durchsetzbarkeit von Reformen des deutschen Rentensystems vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen. In: Weber, Lars / Lubk, Claudia / Mayer, Annette (Hg.): Gesellschaft im Wandel. Aktuelle ökonomische Herausforderungen. Wiesbaden: GWV Fachverlage, 393-408.

Schwartz, Shalom / Sagiv, Lilach (1995): Value priorities and readiness for out-group social contact. In: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 69 (1/1995), 437-448.

Schwingel, Markus (2009): Pierre Bourdieu zur Einführung. 6. Aufl. Hamburg: Junius Verlag.

Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011): Ältere Menschen in Deutschland und in der EU. Wiesbaden.

Ullrich, Carsten G. (2000). Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Anmerkungen zum Forschungsstand. Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäischer Sozialforschung, 22.

UNESCO Institute for Statistics (2006): International Standard Classification of Education: ISCED 1997. Re-edition. UIS/TD/06-01.

Urban, Dieter / Mayerl, Jochen (2011): Regressionsanalyse. Theorie, Technik und Anwendung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weber, Max (2006): Wirtschaft und Gesellschaft. Paderborn: Voltmedia. (Originalausgabe 1921).

## Internetquellen

Generationen Netzwerk für Deutschland. In: www.gndev.de. Abruf am 29.09.2011.

Hennis, Andrea (2010): Shell-Jugendstudie 2010: Trotz Krise optimistisch. In: Focus Schule Online. www.focus.de/schule/familie/tid-19834/shell-jugendstudie-2010-trotz-krise-optimistisch\_aid\_551262.html. Abruf am 29.09.2011.

Schwartz, Shalom (2011): Human values. ESS EduNet. In: essedunet.nsd.uib.no/cms/topics/1. Abruf am 29.09.2011.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. In: www.generationengerechtigkeit.de. Abruf am 29.09.2011.



## Autorenangaben

Thomas Hollfelder, geb 1987, studiert Soziologie, Finanzwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Zudem hat er eine Teilzeitstelle am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg.

## Kontaktdaten:

Thomas Hollfelder, Emmendinger Straße 1, D-79106 Freiburg

E-Mail: thomas.hollfelder@gmx.de

# Demografie und sozialpolitische Einstellungen: Was sagt die Empirie zu einer möglichen Konfliktlinie Alter?

von Dr. Harald Wilkoszewski

**Z**usammenfassung: Der wachsende Anteil älterer Menschen an der deutschen Gesamtbevölkerung sowie der Reformbedarf bei der nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme hat in den vergangenen Jahren die Diskussion um einen

möglicherweise neuen Konflikt zwischen den Generationen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft befördert. Die vorliegende Studie möchte einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, ob es Anzeichen gibt, dass ein solcher Konflikt in Zukunft wahrscheinlicher

wird. Denn es bleibt klar festzuhalten, dass im Jahr 2012 in Deutschland kein ‚Kampf der Generationen‘ herrscht – es gibt viele Orte, an denen Junge und Alte gut zusammenleben und sich gegenseitig unterstützen. Gleichwohl verstärken sich gewisse Phänomene, die auf grö-

## Einleitung

Die vorliegende Analyse untersucht einen möglichen Gegensatz zwischen Jungen und Alten, der sich mit der fortschreitenden Alterung der deutschen Gesellschaft zumindest zahlenmäßig klar belegen lässt, anhand von Einstellungen der Bevölkerung zu einer Reihe von staatlichen Transfers an verschiedene Generationen. Inwieweit unterscheiden sich Alt und Jung in ihren Ansichten über die Ausstattung des jeweils anderen mit staatlichen Ressourcen? Nur wenn eine Antwort, auch annäherungsweise, auf diese Frage gefunden wird, können Schlussfolgerungen über die Intensität eines Gegensatzes zwischen den Generationen sowie seines Potenzials für einen echten Konflikt getroffen werden.

Der Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zunächst wird ein Überblick über verschiedene Facetten des Diskurses über das Verhältnis zwischen den Generationen geboten. Danach folgt eine ausführliche Analyse der sozialpolitischen Einstellungen zur staatlichen Ressourcenverteilung zwischen Alt und Jung. Der Schlussteil fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.<sup>1</sup>

## Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Facetten der Debatte um das Verhältnis von Alt und Jung

Seit den 1990er Jahren hat die Diskussion um die gesellschaftlichen und politischen Folgen des demografischen Wandels in Deutschland stetig an Umfang und Bedeutung gewonnen. Dabei standen ursprünglich vor allem Überlegungen im Mittelpunkt, wie die Bevölkerungsalterung und die mittelfristig absehbare Schrumpfung der Einwohnerzahl an sich aufgehalten oder abgemildert werden könnten. Vielen der relevanten Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ging es vor allem um eine Steigerung der jahrzehntelang auf niedrigem Niveau verharrenden Geburtenraten. Besonders auf Druck aus der Wirtschaft, die bereits früh in einzelnen Sektoren mit Fachkräftemangel zu tun hatte, wurde auch die gezielt gesteuerte Zuwanderung Hochqualifizierter diskutiert und mit der sogenannten ‚Green Card‘<sup>2</sup> versucht umzusetzen. Bislang haben sich alle Maßnahmen zur immanenten Beeinflussung der demografischen Entwicklung als wenig wirkungsvoll erwiesen. Das jährliche Migrationssaldo bewegt sich auf sehr niedrigem Niveau, die zusammen-

gefasste Geburtenziffer konnte nicht gesteigert werden. So schreiten Bevölkerungsalterung und seit dem Jahr 2005 auch -schrumpfung weiter voran. Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung verschiebt sich dadurch nachhaltig: Immer weniger junge Menschen stehen immer mehr älteren gegenüber.

### *Gesellschaftliche Debatte: Vom alten zum neuen ‚Generationenkonflikt‘?*

Die demografische Entwicklung der Bundesrepublik – gepaart mit einem steigenden Kostendruck in den sozialen Sicherungssystemen – befördert zunehmend eine Diskussion darüber, ob das Land vor einem neuen Konflikt zwischen Jung und Alt steht. Der ‚alte‘ Generationenkonflikt, der in den 1960er Jahren in den meisten westlichen Ländern ausbrach, betraf in erster Linie Unterschiede in den kulturellen und weltanschaulichen Sichtweisen der jüngeren und der älteren Generationen, wie beispielsweise den Umgang mit der historisch-moralischen Hypothek des Zweiten Weltkriegs, Dominanz und Deutungshoheit der Älteren innerhalb der Familie, in Universitäten und am Arbeitsplatz.<sup>3</sup>

Der neue Gegensatz, so die heute vorherrschende These, sei eher wirtschaftlicher Natur und betreffe damit verteilungspolitische Fragen zwischen den Generationen. Im Kern geht es also darum, ob Staaten mit alternden Gesellschaften in der Lage sind, die demografisch bedingten Mehrausgaben für Pensionen und Gesundheits- beziehungsweise Pflegeleistungen zu finanzieren. Damit rücken Fragen des Verhältnisses zwischen Alt und Jung jenseits der familiären Sphäre, innerhalb derer die Generationenbeziehungen weiterhin als sehr gut gelten, in den Mittelpunkt.<sup>4</sup>

Dies zeigt sich besonders im medialen Diskurs der Bundesrepublik seit Beginn des neuen Jahrtausends: So brachte im Jahr 2008 die Aussetzung des sogenannten ‚Riester-Faktors‘ in der Rentenformel, der die Rentenhöhe gemäß der demografischen Alterung nach unten korrigieren sollte, das Bild einer möglichen ‚Gerontokratie‘ auf. Altbundespräsident Roman Herzog warnte vor einem System, in dem sich die politische Macht in den Händen der Älteren konzentrierte, da diese als schnell wachsende Wählergruppe stark an Bedeutung gewannen.<sup>5</sup> Eine Grundannahme dieses Szenarios ist, dass sich die ältere Generation in ihren Erwartungen an den Sozialstaat hinreichend von der jüngeren unterscheidet und auf die-

ser Basis ihre (indirekte und direkte) Macht dazu nutzt, öffentliche Ressourcen zum eigenen Vorteil politisch zu kontrollieren. Im Ergebnis blieben finanzielle Leistungen des Staates an, zum Beispiel, Personen im Ruhestand unangetastet, während Gelder für die jüngere Generation – beispielsweise für den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung – zurückgehalten würden.

### *Das Verhältnis von Alt und Jung als wissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand mit divergierenden Erkenntnissen*

Die These eines Verteilungskonfliktes zwischen Jung und Alt ist vergleichsweise neu in Deutschland. International wurde der Kontrast zwischen den Generationen zum ersten Mal im Jahr 1984 von dem US-amerikanischen Bevölkerungswissenschaftler Samuel Preston thematisiert. Preston beobachtete in seiner Analyse, dass in den Vereinigten Staaten aufgrund der wachsenden Zahl Älterer, so seine These, bei öffentlichen Transfers an Kinder – vor allem im Bildungsbereich – gespart wurde, um das Rentensystem zu finanzieren.<sup>6</sup> Über Prestons Forschungsergebnisse und vor allem deren Interpretation wird seither kontrovers diskutiert.

Alte haben gewöhnlich vergessen, dass sie jung gewesen sind, oder sie vergessen, dass sie alt sind, und Junge begreifen nie, dass sie alt werden können.

/ Kurt Tucholsky /

Die überwiegende Mehrheit der existierenden Studien beansprucht für sich, das Konzept eines Generationenkonfliktes empirisch widerlegen zu können: Unterschiede in den sozialpolitischen Einstellungen seien nicht nachzuweisen. Allerdings berufen sich diese Arbeiten oft auf das funktionierende Zusammenleben von Jung und Alt innerhalb der Familie.<sup>7</sup> Sie blenden so die Beziehungen zwischen den Altersgruppen im öffentlichen Raum aus und bergen damit durchaus das Risiko, zu optimistisch zu sein. Denn nicht nur der Anteil der älteren Wählerschaft wächst, sondern auch die Familienstrukturen wandeln sich – mit mehr kinderlosen Menschen und neuen Lebensentwürfen jenseits der traditionellen Familie. Nur eine begrenzte Zahl an Forschungsarbeiten hat untersucht, welchen Einfluss demografische Größen wie Alter oder Elternschaft auf Einstellungen haben, die die Verteilung öffentlicher Ressourcen zwischen Jung und Alt betreffen.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten bleiben zudem teilweise widersprüchlich: Während einerseits in den OECD-Ländern auf der Makroebene kein Effekt der Bevölkerungsalterung auf redistributive Budgetpolitik festgestellt werden kann,<sup>8</sup> gibt es gewisse Indizien für einen Alterseffekt bei individuellen sozialpolitischen Einstellungen.<sup>9</sup> Allen diesen Studien ist gemein, dass sie sich international vergleichender Datensätze bedienen, die klare Einschränkungen hinsichtlich Fragebogendesign und Fallzahlen bergen. Darüber hinaus operationalisieren sie öffentliche Transferpolitiken als Renten- (für Transfers an die ältere Generation) beziehungsweise Bildungspolitik (für Transfers an die jüngere Generation) und berücksichtigen damit nicht familienpolitische Maßnahmen, welche jedoch eine zentrale Bedeutung für die Beziehungen zwischen Jung und Alt spielen.

Als analytischen Rahmen verwenden die Studien klassische Ansätze aus der politischen Ökonomie, die Alter lediglich anhand von wirtschaftlichen Lebenszyklusphasen konzeptualisieren (Ausbildung, Beschäftigung am Arbeitsmarkt, Ruhestand) und nicht als eigenständige Variable. Dabei kann eine demografische Perspektive in der Analyse erheblich dazu beitragen, Ausprägungen sozialpolitischer Einstellungen zu verstehen. Schließlich sind die zugrunde liegenden Motive nicht nur davon abhängig, in welcher Phase des ökonomischen Lebenszyklus<sup>4</sup> sich das Individuum befindet, sondern auch von der entsprechenden Position im demografischen Lebensverlauf (Jugend–Erwachsenenalter–höheres Alter, Elternschaft, Großelternschaft). Denn in einer Studie, die auf einem großen, wissenschaftlich erhobenen Datensatz von 2003 basiert, konnten für Deutschland bereits deutliche Alterseffekte bei finanziellen Transfers an junge Familien nachgewiesen werden: So geht mit dem Alter die Wahrscheinlichkeit, eine beträchtliche Erhöhung des Kindergeldes zu unterstützen, kontinuierlich zurück.<sup>10</sup> Auch kinderlose Befragte unterstützten diese Maßnahme deutlich weniger häufig. Der vorliegende Beitrag wird diesem Befund Rechnung tragen, indem er der Analyse des Gegensatzes zwischen Jung und Alt nicht nur eine breitere empirische Basis, sondern auch ein neues theoretisches Konzept zugrunde legt.

### **Empirische Annäherung an den Kontrast Jung versus Alt: Einstellungen zu redistributiver Sozialpolitik**

Was ist der Einfluss von demografischen Faktoren auf Einstellungen zu sozialpolitischen Maßnahmen, welche die Verteilung staatlicher Transfers an die Generationen organisieren? Der folgende Teil liefert eine grundlegende Analyse dieser Frage. Aufbauend auf einem Überblick über den Stand der Forschung wird dazu ein neues heuristisches Konzept vorgestellt, das insbesondere auf die zugrunde liegenden Motive etwaiger Einstellungsunterschiede zwischen Alt und Jung eingeht. Der dritte Teil führt in die für die Analyse verwendeten Datensätze sowie die konkrete Operationalisierung und verwendeten statistischen Methoden ein, bevor dann die Analyseergebnisse präsentiert werden.

#### *Demografische Einflüsse auf sozialpolitische Einstellungen*

Die Frage, wie der demografische Wandel das Zusammenleben von Älteren und Jüngeren jenseits traditioneller Familienstrukturen beeinflusst, wurde bisher hauptsächlich von Ökonomen untersucht. Hier standen vor allem Ausmaß und Richtung von intergenerationalen Transfers im Mittelpunkt. Soziologische und sozialpsychologische Studien befassten sich eher mit den individuellen Motiven, die dem beobachteten Transfer zwischen Jung und Alt zugrunde liegen – jedoch mit einem starken Fokus auf den innerfamiliären Austausch von Gütern.

Nur wenige Forschungsarbeiten haben bisher untersucht, inwieweit sich Ältere und Jüngere in ihren Erwartungen an den Sozialstaat hinsichtlich Transfers an die Generationen unterscheiden. Ebenso wenig wurden weitere demografische Faktoren wie Eltern- oder Großelternschaft einbezogen.

Im Allgemeinen kommen die bestehende Forschungsarbeiten zum Schluss, dass Transfers innerhalb der Familie stark ausgeprägt sind und hier vor allem von der älteren Generation an die jüngere fließen,<sup>11</sup> während öffentliche Transfers die entgegen gesetzte Richtung aufweisen.<sup>12</sup> Jüngste Studien zum sogenannten ‚Generational Accounting‘, das eine umfassende Bilanz von Transfers zwischen den Altersgruppen zum Ziel hat, belegen allerdings, dass die heutige jüngere Generation insgesamt immer noch mehr von der älteren erhält, als sie an diese zahlt – vor allem, wenn die umfassenden Bildungsausgaben, die in den früheren Studien fehlten, mit berücksichtigt werden.<sup>13</sup>

*Einstellungen zu redistributiver Sozialpolitik*  
Die deutsche Debatte der vergangenen Jahre zum generationengerechten Umbau des Wohlfahrtsstaates verdeutlicht eindrücklich, dass individuelle Einstellungen bedeutend für die Akzeptanz von öffentlichen Transfers zwischen den Altersgruppen sind. Aus theoretischer Sicht wird die Bereitschaft der (arbeitenden) mittleren Altersgruppen, Rentenbeiträge zu zahlen, größer sein, wenn sie diese als individuelle Einzahlung auf ein eigenes Versicherungskonto ansehen, und nicht als allgemeine Steuern. Dann nämlich sinkt die Akzeptanz für das Transfersystem und der Wohlfahrtsstaat erleidet Verluste, zum Beispiel durch eine Zunahme ungemeldeter Arbeitsverhältnisse.<sup>14</sup> Umfragen belegen, dass bei Einführung des heute gültigen deutschen Rentensystems Anfang der 1960er Jahre die Mehrheit der Beitragszahler Rentenabgaben als direkte und ‚faire‘ Leistungen an die ältere Generation empfanden. Mittlerweile ist allerdings in den Augen der Mehrheit der Bezug zwischen eigenen Beiträgen und Leistungen an die jeweilige Rentnergeneration entkoppelt.<sup>15</sup> Dies könnte auch damit zu tun haben, dass das Rentensystem alleine aus Beiträgen nicht mehr finanziert werden kann und auf einen enormen Zuschuss an Steuermitteln angewiesen ist.

Altersarmut ist eines der meistüberschätzten Phänomene der Gegenwart. Statistisch gesehen ist die Wahrscheinlichkeit, auf ein armes Kind zu stoßen, etwa fünfmal größer, als auf einen armen Rentner zu stoßen.

/ Bernd Raffelhüschen /

Einen umfassenden Überblick zu den existierenden Arbeiten zu rentenpolitischen Einstellungen bietet Kohli.<sup>16</sup> In allen Studien, die sich hauptsächlich auf internationale Vergleiche konzentrieren<sup>17</sup>, werden zwei Datenquellen verwendet: das International Social Survey Programm (ISSP) und das Eurobarometer, eine regelmäßige Umfrage der Europäischen Union.

Hinsichtlich allgemeiner Einstellungen zu öffentlichen Transfers zwischen den Generationen kommen diese Studien zu ähnlichen Ergebnissen: Eine Mehrheit der Befragten sieht den Staat in der Pflicht, das finanzielle Auskommen der älteren Generation zu sichern. Kürzungen bei den Rentenausgaben des Staates werden mehrheitlich abgelehnt. Nach Ansicht eines beträchtlichen Anteils soll der Staat die Ausgaben sogar erhöhen,

auch wenn dazu Steuererhöhungen notwendig sind. In Deutschland beträgt dieser Anteil knapp 50 Prozent, im Vereinigten Königreich sogar 80 Prozent.<sup>18</sup> Da alle diese Studien auf Datensätzen basieren, die in den 1980er und 1990er Jahren erhoben wurden, sind ihre Ergebnisse hinsichtlich des Einflusses demografischer Entwicklungen nur bedingt aussagefähig. Zudem bedienen sie sich aufgrund der begrenzten Fallzahlen nur einfacher deskriptiver statistischer Methoden. Schließlich analysieren sie lediglich die Einstellungen zu staatlichen Transfers an die ältere Generation und lassen die umgekehrte Transferrichtung außen vor. Eine Ausnahme stellt eine ältere Studie von Smith dar, die staatliche Leistungen an die jüngere Generation anhand von Bildungspolitik operationalisiert.<sup>19</sup> Selbst das neueste Eurobarometer zur Solidarität zwischen den Generationen hat ausschließlich Transfers in Form von Renten und Pflegeheimen zum Gegenstand.<sup>20</sup>

#### *Soziodemografische Einflussfaktoren auf sozialpolitische Einstellungen: Welche Rolle spielt das Alter?*

Schokkaerts Forschungsarbeit zufolge spielen soziodemografische Faktoren wie Alter und Bildungsstand eine große Rolle bei sozialen Handlungsweisen, wie zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeiten und Spenden für wohltätige Zwecke.<sup>21</sup> Ältere und höher gebildete Personen bringen demnach einen größeren Anteil ihrer privaten Ressourcen in die Gesellschaft ein als jüngere mit niedrigerem Bildungsstand. Wie sieht es allerdings bei indirekten Leistungen an die Gesellschaft beziehungsweise an die jüngere Generation aus, die durch den Staat organisiert werden?

Hier liefern die wenigen existierenden Studien widersprüchliche Ergebnisse. Der Argumentation von Blekesaune und Quadagno sowie Hicks<sup>22</sup> folgend, schlussfolgert Kohli, dass „die meisten Studien zu Einstellungen bisher einen deutlich höheren Unterstützungsgrad zu Wohlfahrtsstaatspolitiken belegen als es der Diskurs über Generationengerechtigkeit vermuten lässt, wobei Rentenleistungen die größte Akzeptanz genießen. Es gibt zwar eine gewisse Varianz entlang verschiedener Altersgruppen, allerdings ist diese weit weniger ausgeprägt als es ein Interessen-basiertes Modell politischer Einstellungen vorhersagen würde.“<sup>23</sup> Auf der Basis von Eurobarometer-Daten, kommt Kohli zu einem ähnlichen Ergebnis.<sup>24</sup> Im Gegensatz dazu identifiziert Smith mit

Hilfe von ISSP-Daten durchgängige Altersunterschiede bei der Unterstützung von staatlichen Rentenausgaben:

„Über die verschiedenen Altersgruppen hinweg fand sich ein vorherrschendes Muster, nach dem die Unterstützung für staatliche Rentenausgaben mit dem Alter stieg [...]. Dies traf auf 19 der 25 untersuchten Länder zu. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Generationen waren teilweise beträchtlich.“<sup>25</sup>

Ähnliche Schlussfolgerungen zieht eine neuere Studie, die den ISSP 1996 untersucht.<sup>26</sup> In dieser – ebenfalls international vergleichenden – Analyse geht es vor allem um die Effekte von Alter/Rentenstatus und Einkommen auf Einstellungen zu Bildungs-, Gesundheits- und Rentenausgaben. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind beachtlich, wobei Deutschland (West) die geringsten Alterseffekte aufweist.

In dem Design ihrer Studie konzeptualisieren Busemeyer et al. die Variable Alter als drei Phasen im ökonomischen Lebenszyklus: Bildung, Erwerbsleben, Ruhestand. Der Ansatz ist somit nur bedingt geeignet, mögliche Kontraste zwischen Jung und Alt herauszuarbeiten, da das Modell Alter nicht als eigenständigen demografischen Effekt berücksichtigt, sondern im Wesentlichen als Phasen der Arbeitsmarktbeteiligung. Weitere wichtige Variablen wie zum Beispiel Elternschaft oder Großelternschaft werden ebenfalls ausgeblendet.

Allerdings belegen weitere Studien die Bedeutung dieser Faktoren.<sup>27</sup> Auf der Basis von neueren Umfragedaten kann Wilkoszewski beispielsweise für Deutschland deutliche Effekte sowohl von Alter als auch von Elternschaft auf familienpolitische Einstellungen nachweisen: Ältere und kinderlose Befragte weisen eine deutliche niedrigere Wahrscheinlichkeit auf, Kindergelderhöhungen zu unterstützen, als jüngere Personen mit eigenen Kindern.

Neben dem Fehlen wichtiger Kovariaten in den empirischen Modellen haben die existierenden Studien mit Ausnahme der beiden vorgenannten Arbeiten einen weiteren Nachteil. Sie nehmen alle lediglich Einstellungen zu bildungs- und rentenpolitischen Maßnahmen als redistributive Politiken in die Analyse auf. Bemerkenswerterweise werden familienpolitische Reformen kaum berücksichtigt, obwohl sie eine Reihe von Dimensionen staatlicher Leistungen an die jüngere Generation abbilden (z.B. Geld, Zeit). Zudem deuten neuere Forschungsergebnisse darauf hin, dass beträchtliche Al-

terseffekte bei den entsprechenden politischen Einstellungen entstehen können.<sup>28</sup>

#### *Das klassische Modell aus der Politischen Ökonomie*

Der vorliegende Beitrag untersucht den Kontrast Junge versus Alte anhand von potenziellen Einstellungsunterschieden zu redistributiven Politiken entlang des Lebensalters. Wie in der Übersicht zum Forschungsstand dargelegt, verwenden die meisten der einschlägigen Studien einen klassischen Ansatz aus der Politischen Ökonomie, in dem Alter als eigenständige demografische Variable eine untergeordnete Rolle spielt. Einstellungsunterschiede werden hier durch die ökonomische Situation des Individuums erklärt, etwa über das Einkommen oder den Bedarf an staatlicher Unterstützung. Busemeyer et al.<sup>29</sup> erweitern in ihrer Analyse dieses Konzept ein Stück weit, koppeln Alter allerdings immer noch stark an Phasen ökonomischer Aktivität: Für ihre Untersuchung konstruieren sie sieben ‚funktionale Altersgruppen‘, wie zum Beispiel ‚jung und in Ausbildung‘ oder ‚jung und in Erwerbsarbeit‘ oder ‚alt und im Ruhestand‘. Die Autoren konstatieren, dass Alter als Variable doch mehr (demografische) Erklärungskraft in sich birgt als diese holzschnittartige Konzeptualisierung:

„Da die Bildungsphase sich hauptsächlich auf die jungen Lebensjahre konzentriert, ist zu erwarten, dass – nachdem für den sozio-ökonomischen Status kontrolliert wurde – ältere Menschen staatliche Bildungsausgaben weniger stark unterstützen als jüngere. Natürlich werden Ältere dennoch eine gewisse Unterstützung für staatliche Bildungsausgaben aufweisen, entweder weil sie eigene (Enkel-)Kinder haben, die noch in Ausbildung sind, oder weil sie realisieren, dass eine gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung wichtig ist, um volkswirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten.“<sup>30</sup>

40 Jahre sind das Alter der Jugend,  
50 die Jugend des Alters.  
/ Victor Hugo /

Dennoch bleibt in der Analyse die Hauptunterscheidungskategorie der dichotome Gegensatz zwischen ‚im mittleren Alter und in Erwerbsarbeit‘ und ‚alt und im Ruhestand‘. Darüber hinaus lassen Busemeyer et al. das ausgewählte Rational-Choice-Modell unangetastet, was die den beobachteten Politikpräferenzen zugrunde liegenden Motive anbelangt. Hier wird lediglich Eigeninter-

esse (als momentaner Transferempfänger bzw. als jemand, der in Zukunft mit Transferleistungen rechnen kann) in die Interpretation der Analyseergebnisse einbezogen. Altruistische Motive, die sich durch (Groß-) Elternschaft konstituieren und damit die demografische Lebensverlaufsdimension möglicher Alterseffekte besser erklären können, bleiben damit außen vor.

Einige der empirischen Studienergebnisse können deshalb auch nicht nachvollzogen werden: Die Tatsache, dass viele ältere Befragte in Deutschland keine Unterstützung für Kürzungen staatlicher Transfers zeigen, von denen sie nicht (mehr) profitieren (können) – zum Beispiel Arbeitslosengeld oder Bildung –, bleiben kontra-intuitiv, wenn man von einem reinen ‚Egoismus-Modell‘ ausgeht. Busemeyer et al. schlussfolgern deshalb auch, dass Normen, Werten und Motiven, die Politikpräferenzen zugrunde liegen, mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Der vorliegende Beitrag trägt diesem Befund Rechnung, indem er dem einfachen analytischen Modell aus der Politischen Ökonomie eine klare demografische Lebensverlaufsperspektive hinzufügt, um so mögliche Kontraste zwischen Jung und Alt adäquat beschreiben zu können. Dies erlaubt es, Altruismus als Motiv für jene politische Präferenzen einzuführen, die in einem Regime reinen Eigeninteresses nicht erklärt werden können.<sup>31</sup> Ausgegangen wird davon, dass Ältere im Ruhestand dann staatliche Transfers wie zum Beispiel Bildung unterstützen, wenn sie eigene Kinder oder Enkelkinder haben, die von dieser Politik (potenziell) profitieren. Sie sind damit ‚dynastisch altruistisch‘ und übertragen positive Einstellungen gegenüber den eigenen Familienmitgliedern in ihre sozialpolitischen Interessen, indem sie beispielsweise gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung sind. In unserem empirischen Modell führen wir deshalb als weitere demografische Erklärungsvariablen Elternschaft und Großelternschaft ein.

#### Vom ökonomischen Lebenszyklusmodell zum demografischen Lebensverlaufmodell

In einem einfachen Verteilungskontext einer spezifischen Transferpolitik gibt es prinzipiell zwei Gruppen von Individuen: Empfänger und Nicht-Empfänger des Transfers. Die Gruppe der Empfänger umfasst auch jene Individuen, die momentan den Transfer nicht erhalten aber potenziell darauf Anspruch haben. Inwieweit ein Individuum einen Transfer politisch unterstützt, hängt

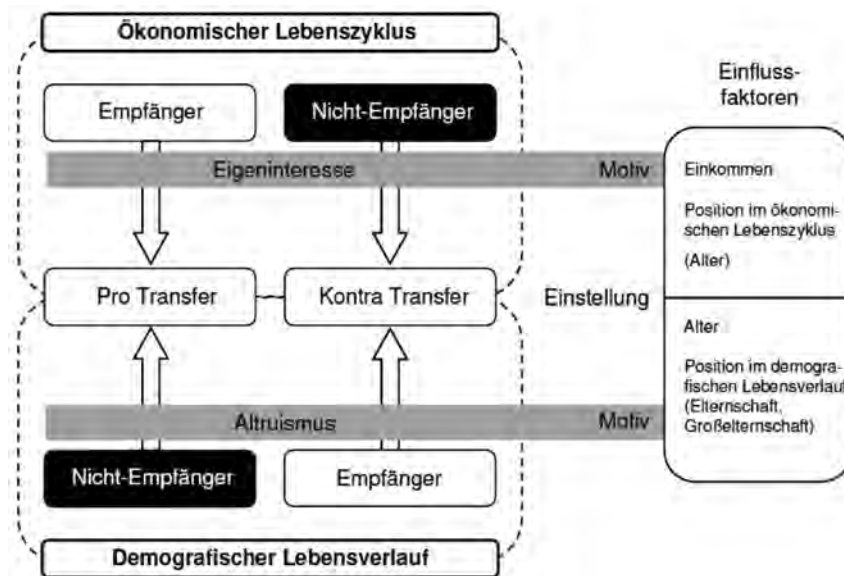


Abbildung 1: Analytisches Modell zur Untersuchung des Kontrastes Junge und Alter

einerseits von seinem sozialökonomischen Status ab, im Besonderen dem Einkommen.

Im klassischen Modell der Politischen Ökonomie wird der Unterstützungsgrad auch von der Position des Individuums im ökonomischen Lebenszyklus beeinflusst (‚Alter‘), die wiederum die Wahrscheinlichkeit bestimmt, dass das Individuum Transferempfänger ist oder nicht.

Die diesen Präferenzen zugrunde liegenden Motive bilden eine Reihe von Varianten des Begriffs ‚Eigeninteresse‘ (z.B. materielles Eigeninteresse, gesellschaftliches Ansehen, Reziprozität; einen systematischen Überblick bietet Wilkoszewski).<sup>32</sup> Wie oben beschrieben kann mit diesem Konzept nicht erklärt werden, warum Individuen Transfers unterstützen, obwohl sie selber nicht von ihnen profitieren oder in Zukunft profitieren werden. Es ist auch nicht in der Lage, den hypothetischen Fall zu fassen, in dem ein Individuum den Transfer, von dem es profitiert, nicht unterstützt. Dies wäre zum Beispiel jene Situation, in der Personen im Ruhestand Rentenkürzungen akzeptieren, damit dringend notwendige Transfers an die jüngere Generation geleistet werden können, die sonst nicht finanzierbar wären. Um diese scheinbar kontraintuitiven sozialpolitischen Einstellungen zu untersuchen und zu verstehen, bedarf es einer weiteren Motivdimension: Altruismus. Jede Motivlage für intergenerationale Transfers bewegt sich auf einem Kontinuum zwischen reinem Egoismus und einer reinen pro-sozialen Haltung; für verschiedene Motivlagen können deshalb Unterkategorien gebildet werden.<sup>33</sup>

Für die vorliegende Untersuchung können zwei Formen von Altruismus unterschieden werden: dynastischer Altruismus und sozialer Altruismus. Beide Arten werden stark durch demografische Lebensverlaufphasen und -ereignisse beeinflusst: Elternschaft, Großelternschaft, Partnerschaft. Dynastischer Altruismus – der in ökonomischen Studien zu innerfamiliären Transfers (Erb-schaften) auch ‚intergenerationaler Altruismus‘ genannt wird – motiviert Eltern und Großeltern staatliche Transferleistungen zu unterstützen, von denen sie selber nicht direkt profitieren, die aber an die eigenen Kinder oder Enkelkinder gerichtet sind. Beispiele hierfür wären bildungs- oder familienpolitische Maßnahmen. Beim sozialen Altruismus hingegen geht man davon aus, dass (Groß-)Eltern einen höheren Grad an Unterstützung für Transfers an die jüngere Generation als Ganzes aufweisen als kinderlose. Die Erfahrung, eigene Kinder aufgezogen zu haben, könnte die allgemeinen Einstellungen eines Individuums zu intergenerationalen Beziehungen jenseits des näheren persönlichen Umfelds beeinflussen. Empirisch können dynastischer und sozialer Altruismus nicht immer trennscharf unterschieden werden.

#### Empirisches Untersuchungsdesign: Hypothesen, Daten und Methoden

Aufbauend auf dem oben beschriebenen analytischen Modell werden folgende Hypothesen für die empirische Untersuchung abgeleitet:

- (1) Verteilungspolitische Einstellungen jüngerer

und Älterer unterscheiden sich: Ältere unterstützen öffentliche Transfers an die jüngere Generation in geringerem Maße als Jüngere. Gleichzeitig bevorzugen sie staatliche Transfers, die die ältere Generation unterstützen.

(2) *Verteilungspolitische Einstellungen von (Groß-)Eltern und Kinderlosen unterscheiden sich:* (Enkel-)Kinderlose Personen unterstützen staatliche Transfers an die jüngere Generation in geringerem Maße als (Groß-)Eltern.

Um die Bedeutung des Kontrastes Junge versus Alte im Zusammenspiel mit einer möglichen Ost-West-Differenz analysieren zu können, wird neben Alter und (Groß-)Elternschaft auch eine entsprechende Variable in das empirische Modell eingefügt. Ferner kontrolliert das Modell weitere potenziell wichtige Faktoren wie Geschlecht, Haushaltseinkommen, Bildungsstand, allgemeine politische Einstellungen (konservativ versus liberal) und ob das Individuum staatliche Transferleistungen erhält.

Vom Standpunkt der Jugend aus gesehen ist das Leben eine unendlich lange Zukunft.  
Vom Standpunkt des Alters aus eine sehr kurze Vergangenheit.  
/ Arthur Schopenhauer /

Als Datengrundlage werden die neuesten wissenschaftlichen Umfragen verwendet, die sich für eine Analyse verteilungspolitischer Einstellungen eignen: der „German Generations and Gender Survey“ (GGG 2005) sowie der „German Population Policy Acceptance Survey“ (PPAS 2003). Beide Querschnittsdatensätze haben große Fallzahlen mit insgesamt über 14.000 Befragten. Darüber hinaus enthalten sie identische Fragebatterien über Einstellungen zu 13 familienpolitischen Maßnahmen, die als Proxy für Transfers an die jüngere Generation dienen. Da dasselbe Modell zwei unabhängig erhobene Datensätze analysiert, kann gleichzeitig die Robustheit der ermittelten Effekte getestet werden. Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Datensätze in zwei Punkten: der PPAS-Datensatz enthält eine Fragebatterie zu rentenpolitischen Einstellungen, die im GGS-Datensatz nicht vorkommt. Auf der anderen Seite deckt der GGS-Datensatz eine breitere Altersgruppe ab und beinhaltet Informationen zu Großelternschaft.

In einem ersten Schritt führen wir klassische

Generalised Linear Models (GLM, logistische Regression) durch, um den Einfluss demografischer Faktoren auf sozialpolitische Einstellungen zu analysieren. Da hier die grundlegende Annahme ist, dass etwaige Alterseffekte linear verteilt sind, kommen in einem zweiten Schritt Generalised Additive Models (GAM) zur Anwendung, die mögliche Abweichungen von einem linearen Verlauf über den (synthetischen) Lebensverlauf hinweg identifizieren können. Mit dieser Methode können dann auch Schlussfolgerungen über die den Einstellungen zugrunde liegenden Motive getroffen werden. Im folgenden Teil werden die Bestandteile des empirischen Modells näher beschrieben.

*Empirisches Modell: Abhängige Variablen*

PPAS und GGS enthalten eine nahezu identische Fragebatterie über Einstellungen zu 13 konkreten familienpolitischen Maßnahmen, die alle Dimensionen von staatlichen Transfers an die jüngere Generation umfassen (Geld, Zeit, Bildung, Wohnsituation, siehe Abbildung 2). Die Befragten sollten die Wichtigkeit dieser Maßnahmen einschätzen.

Die Frage dazu lautete:

„Was halten Sie von den folgenden Maßnahmen, die es erleichtern sollen, Kinder zu bekommen, zu erziehen und für sie zu sorgen? Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, diese Maßnahmen einzuführen? Diese Maßnahmen sind nicht frei erfunden, sondern die meisten existieren tatsächlich in einem europäischen Land. Einige davon sind auch in Deutschland bereits eingeführt oder in Erwägung gezogen worden.“<sup>34</sup>

Für die Analyse werden alle 13 Maßnahmen als separate abhängige Variablen verwendet und dichotomisiert (1 für Befragte, die den Maßnahmen „(voll) zustimmen“, 0 für alle

anderen Befragten). Je nach Transferart lehnen zwischen elf und 30 Prozent der Befragten die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen ab. Die höchsten Ablehnungsraten betreffen dabei finanzielle Transfers (Nr. 6 und 8 in Abbildung 2).

Im Hinblick auf Transfers an die ältere Generation bietet der PPAS eine Frage zu den Einstellungen hinsichtlich verschiedener Reformen, die die Finanzierung des deutschen Rentensystems nachhaltig gestalten sollen: „Viele Personen befürchten, dass der Staat die gesetzlichen Renten nicht mehr bezahlen kann, wenn sie selbst einmal in Rente

	Familienpolitische Maßnahme
1	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen.
2	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder.
3	Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren.
4	Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter.
5	Ein finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist.
6	Ein finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes.
7	Finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange diese klein sind.
8	Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat.
9	Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter vor und nach der Schule und in den Schulferien.
10	Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern.
11	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern.
12	Eine starke Verringerung der Ausbildungskosten.
13	Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern.

**Abbildung 2: Familienpolitische Maßnahmen in den Datensätzen PPAS 2003 und GGS 2005 (Item 12 dort: »Mehr Ganztagschulen«).**

	<b>Politikoption – Reform des Rentensystems</b>	<b>Transferrichtung</b>
1	Anhebung des Rentenalters	Nach unten
2	Erhöhung der Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge vom monatlichen Einkommen	Nach oben
3	Verringerung der Höhe der monatlichen Renten	Nach unten
4	Die Kinder zwingen, ihre alten Eltern finanziell zu unterstützen	Nach oben
5	Frühverrentungsprogramme abschaffen	Nach unten
6	Die Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder abhängig machen: Je mehr Kinder, desto höher ist die Rente	Nach unten
7	Steuern für einzelne gesellschaftliche Gruppen erhöhen	Nach oben
8	Arbeitslosigkeit bekämpfen	n.a.
9	Mehr private Vorsorge	n.a.
10	Renten nur für jene, die in das System eingezahlt haben	Nach oben

**Abbildung 3:**  
**Rentenpolitische Maßnahmen in den Datensätzen PPAS 2003 und GGS 2005.**

gehen. Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie der Staat die Finanzierung des Rentensystems in der Zukunft sicherstellen könnte. Wenn Sie wählen müssten, welche Maßnahme würden Sie bevorzugen?<sup>35</sup> Die befragten Personen sollten aus einer Liste von zehn Politikoptionen auswählen, von denen ein Teil eher die jüngere Generation und der andere eher die ältere Generation belasten würde (siehe Abbildung 3).

Aus diesen Politikoptionen wählen wir acht für unsere empirische Analyse, wobei die Maßnahmen 2, 4, 7 und 10 als Proxies für staatliche Transfers an die jüngere Generation und die Vorschläge 1, 3, 5, und 6 als Proxies für Transfers an die ältere Generation gelten. Maßnahmen 8 und 9 werden ausgeschlossen, da sie nicht eindeutig einer Transferrichtung zugeordnet werden können. Die abhängigen Variablen werden folgendermaßen codiert: 1 für jene Befragte, die eine der Politikoptionen, die die jüngere Generation belasten, bevorzugen und 0 für jene, die Transfers an die jüngere Generation favorisieren (ca. 20 Prozent der Befragten).

#### *Modellspezifikationen*

Die abhängigen Variablen in den Modellen werden durch eine Reihe von unabhängigen Variablen geschätzt (siehe Abbildung 4). Zusätzlich zu den Variablen, deren Einfluss auf sozialpolitische Einstellungen für den vorliegenden Beitrag von besonderem Interesse sind (Alter, (Groß-)Elternschaft und Wohnort), wird eine Reihe weiterer Effekte kontrolliert, die wichtig für die Herausbildung

Variable *Alter* über eine sogenannte ‚smoothing function‘ geschätzt wird.<sup>36</sup> Da so etwaige nichtlineare Verläufe des Alterseffekts identifiziert werden können, setzen wir zwei Modellvarianten auf: In Variante 1 werden alle unabhängigen Variablen im Modell berücksichtigt, in Variante 2 lediglich die Variable *Alter*. Wir können dadurch Aussagen über die Interaktion des Alterseffekts und anderer Effekte treffen, da Variante 1 den ‚reinen‘ Einfluss von *Alter* ermittelt, während in Variante 2 jene Indikatoren, für die nicht mehr kontrolliert wird, den Alterseffekt möglicherweise verzerren.

*Analyseergebnisse: Unterschiede in sozialpolitischen Einstellungen zwischen Jung und Alt*  
Im Folgenden wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nur auf die Effekte von *Alter* und (Groß-)Elternschaft auf die transferpolitischen Einstellungen der Befragten eingegangen. Da sich die Schätzer der GLM- und GAM-Modelle lediglich bei der Variable *Alter* unterscheiden, werden die Ergebnisse der GAM-Modelle ausschließlich in grafischer Form präsentiert.<sup>37</sup> Abbildung 5 fasst die Ergebnisse der empirischen Modelle für beide Datensätze zu-

der untersuchten Einstellungen sein könnten. Für jede einzelne Variable werden das lineare GLM-Modell und das GAM-Modell angewendet. Die beiden Varianten unterscheiden sich lediglich darin, dass bei der letzteren die

<b>Alter des Befragten</b> Spanne: 20 – 65 Jahre (PPAS); 17 – 85 Jahre (GGS)
<b>Kinderlosigkeit</b> 1 wenn der Befragte keine eigenen Kinder hat, sonst: 0
<b>Großelternschaft</b> 1 wenn der Befragte eigene Enkel hat, sonst: 0
<b>Wohnort</b> 1 wenn Deutschland-West, 0 wenn Deutschland-Ost
<b>Erhalt von staatlichen Transfers</b> 1 wenn der Befragte zum Zeitpunkt der Befragung Kindergeld erhält, sonst: 0 (in den Modellen für die rentenpolitischen Maßnahmen nicht enthalten)
<b>Bildungsstand</b> 1 wenn Abitur, sonst: 0
<b>Geschlecht</b> 1 wenn männlich, 0 wenn weiblich
<b>Familienstand</b> 1 wenn verheiratet, sonst: 0
<b>Allgemeine politische Einstellung</b> 1 wenn Befragter konservativ eingestellt, sonst: 0 (Proxy-Frage: Sollten Paare heiraten, bevor sie Kinder bekommen?)
<b>Netto-Haushaltseinkommen</b> 1 wenn unterhalb des Median (€ 2000,-), sonst: 0

**Abbildung 4: Unabhängige Variablen in den empirischen Modellen.**



sammen. Auf alle familienpolitische Maßnahmen hat Alter einen negativen Effekt: Je älter der Befragte, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass er der Politikmaßnahme (voll) zustimmt. Bei acht von 13 Maßnahmen ist dieser Effekt hochsignifikant. Den größten Einfluss hat Alter auf Einstellungen zu finanziellen Transfers (Maßnahmen 2, 5, 6, 7 und 8). So betragen die Odds Ratios für eine signifikante Erhöhung des Kindergeldes 0.969. Das heißt, dass pro Lebensjahr die Odds, diese Maßnahme zu unterstützen, um 3,1 Prozent sinken. Das mag auf den ersten Blick nach einem geringen Effekt aussehen. Wenn wir nun aber den jüngsten (20 Jahre) mit dem ältesten Befragten (65 Jahre) vergleichen, so ergibt sich ein Unterschied von 0.96945, also 0.242. Das heißt, dass die Odds für einen 65-Jährigen um über 75 Prozent niedriger sind als für einen 20-Jährigen. Auch bei Einstellungen zu staatlichen Transfers an die ältere Generation spielt Alter eine Rolle: Befragte, die einen Policy-Mix aus all jenen rentenpolitischen Maßnahmen bevorzugen, welche eher die ältere Generationen bevorzugen, tun dies verstärkt mit zunehmendem Alter. Pro Lebensjahr erhöhen sich die Odds um 1,1 Prozent. Vergleicht man den jüngsten mit dem ältesten Befragten, so ergibt sich ein Unterschied von 1,01145, also 1,636. Das bedeutet, dass die

Odds für einen 65-Jährigen, diesen Policy-Mix zu unterstützen, um 64 Prozent höher liegen als für einen 20-Jährigen.

Die Ergebnisse für die familienpolitischen Reformvorschläge erweisen sich als äußerst robust: Die Schätzer auf Basis des GGS-Datensatzes zeigen ebenfalls hochsignifikante, negative Alterseffekte. Auch hier ergeben sich stärkere Unterschiede in den Einstellungen von Alt und Jung, wenn finanzielle staatliche Transfers in Betracht gezogen werden. Bei Kinderbetreuungsleistungen etwa sind die Präferenzunterschiede weniger stark ausgeprägt.

Die weiteren demografischen Variablen in den empirischen Modellen, Elternschaft und Großelternschaft, haben ebenfalls eine signifikante Bedeutung für die abgefragten politischen Einstellungen: Die Odds für Kinderlose, staatliche Transfers an die jüngere Generation zu unterstützen, sind zwischen 72 und 32 Prozent niedriger als für Befragte mit Kindern (PPAS-Datensatz).

Die Ergebnisse erweisen sich beim Vergleich mit den Effekten auf Basis des GGS-Datensatzes erneut als äußerst robust, auch wenn ihr Ausmaß etwas geringer ist (zwischen 41 und 18 Prozent). Ähnlich verhält es sich bei der Variable *Großelternschaft*: Die Tatsache, eigene Enkelkinder zu haben, steigert die

Wahrscheinlichkeit, staatliche Transfers an Junge zu unterstützen. Allerdings sind die hier geschätzten Effekte auf teilweise niedrigem Signifikanzniveau.

Bei Einstellungen zu rentenpolitischen Maßnahmen, die die jüngere Generation stärker belasten, dreht sich der bei den familienpolitischen Reformen gefundene negative Effekt von Kinderlosigkeit ebenfalls um: Kinderlose präferieren offensichtlich den weitgehenden Erhalt des Status quo im deutschen Rentensystem und eine stärkere Belastung der jüngeren Generation. Die Odds hierfür sind für einen kinderlosen Befragten um über 65 Prozent höher als für einen Befragten mit eigenen Kindern.

Mit Hilfe der grafischen Ergebnisse der GAM-Modelle können Schlussfolgerungen über die Wechselwirkung zwischen den gefundenen Effekten getroffen werden. Der Übersichtlichkeit wegen und aus Platzgründen werden dazu exemplarisch die Ergebnisse für drei Politikmaßnahmen aus dem PPAS-Datensatz herangezogen.

Abbildungen 6 bis 8 zeigen den Verlauf des Alterseffekts über die Altersspanne 20 bis 65 Jahre für die Politikmaßnahmen „niedrigere Steuern für Eltern“ und „signifikante Kindergelderhöhung“ sowie den rentenpolitischen Policy-Mix, der eher die jüngere Generation belastet. Es sind jeweils zwei Datenkurven abgetragen: Die graue Linie repräsentiert den ‚reinen‘ Alterseffekt des ‚vollen‘ Modells, in dem für alle weiteren Variablen kontrolliert wurde; die schwarze Linie stellt die Ergebnisse jener Modelle dar, die nur Alter als unabhängige Variable berücksichtigen, also einen durch weitere Faktoren, wie zum Beispiel Elternschaft oder Großelternschaft ‚verzerrten‘ Alterseffekt. Die gestrichelten Linien geben 95-Prozent-Konfidenzintervalle wieder.

Die Nachsichtigkeit der Großeltern gegenüber ihren Enkelkindern im Vergleich zu ihrem Verhalten gegenüber ihren eigenen Kindern ist phänomenal.

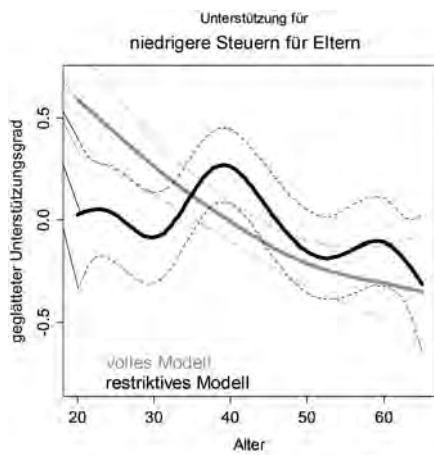
/ Franz Schmidberger /

Die Diagramme zeigen eindrücklich, wie sehr der Einfluss von Alter auf sozialpolitische Präferenzen von weiteren demografischen und wahrscheinlich auch sozioökonomischen Faktoren abhängt. Für die Politikmaßnahme „niedrigere Steuern für Eltern“ ergibt der Schätzer des vollen Modells einen nahezu linearen Alterseffekt über die gesamte Altersspanne (graue Linie,

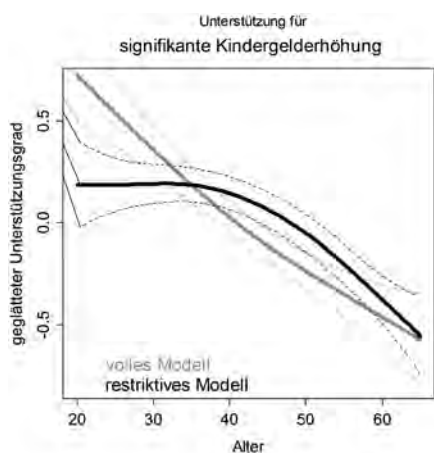
Politikmaßnahmen	Einflussfaktoren auf sozialpolitische Einstellungen (Odds ratios)							
	Alter		Kinderlosigkeit		Großelternschaft		Wohnort	
	20-65	17-85	1=kinderlos	1=eigene Enkel	1=West			
Familienpolitik	PPAS	GGG	PPAS	GGG	PPAS	GGG	PPAS	GGG
1	0.991°	0.980***	0.921	0.932	---	1.194*	0.806°	0.528***
2	0.976***	0.986***	0.378***	0.586***	---	1.100	1.012	0.775**
3	0.996	0.990***	0.808	0.922	---	1.220*	0.453***	0.410**
4	0.994	0.989***	0.620**	0.851°	---	1.260*	0.503***	0.417***
5	0.983***	0.985***	0.419***	0.697***	---	1.162°	0.784*	0.582***
6	0.978***	0.986***	0.584***	0.708***	---	1.097	0.364***	0.430***
7	0.985***	0.984***	0.587***	0.652***	---	1.022	0.905	0.647***
8	0.969***	0.974***	0.510***	0.655***	---	1.166*	0.503***	0.476***
9	0.997	0.998	0.643**	0.819**	---	1.146°	0.387***	0.330***
10	0.986**	0.992**	0.458***	0.729**	---	1.448**	0.751*	0.604***
11	0.990	0.994*	0.405**	0.664***	---	1.174	0.731*	0.614***
12	0.995	1.003	0.679**	0.881°	---	1.054	0.605**	0.911
13	0.988**	0.992***	0.559***	0.775***	---	1.100	1.720***	1.580***
<b>Rentenpolitik</b>	1.011*	---	1.653***	---	---	---	0.571***	---
Reformen, die eher die jüngere Generation belasten								

Binäre logistische Regression  
 °p < .10; \*p < .05; \*\*p < .01; \*\*\*p < .001  
 Familienpolitische Maßnahme Nummer 12 nicht identisch in PPAS und GGS.

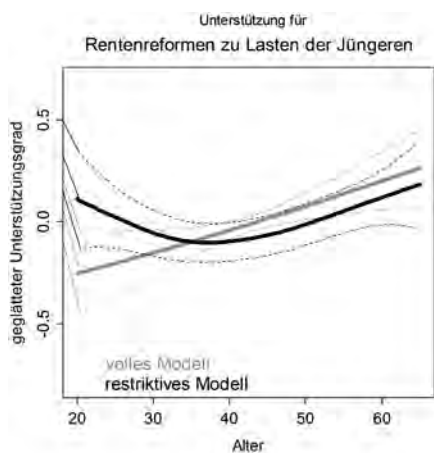
Abbildung 5: Ergebnisse der binären logistischen Regressionen: Einfluss von Alter, (Groß-)Elternschaft und Wohnort auf sozialpolitische Präferenzen.<sup>38</sup>



**Abbildung 6: Geglättete Kurve des Einflusses von Alter auf sozialpolitische Einstellungen.<sup>39</sup>**



**Abbildung 7: Geglättete Kurve des Einflusses von Alter auf sozialpolitische Einstellungen.<sup>40</sup>**



**Abbildung 8: Geglättete Kurve des Einflusses von Alter auf sozialpolitische Einstellungen.<sup>41</sup>**

Abbildung 6). Sobald aber alle Variablen bis auf *Alter* aus dem Modell entfernt werden, ergeben sich deutliche Abweichungen: die höchste Zustimmung zu dieser Politikmaßnahme findet sich demnach in der Alters-

gruppe 35 bis 45, also jener, in der demografische Ereignisse wie Elternschaft relevant sind. In diesem Lebensabschnitt befindet sich allerdings in der Regel auch die ökonomisch aktivste Phase. Gleichzeitig lässt sich ein deutlicher ‚Großelternbuckel‘ erkennen: Entgegen dem ab dem Lebensalter 40 abfallenden Unterstützungsgrad zeigen sich in jenen Lebensjahren, in denen Großelternschaft relevant wird, wieder höhere Zustimmungsraten. Diese können als klares Indiz für ein zugrunde liegendes Motiv des ‚dynastischen Altruismus‘ gedeutet werden. Sie machen außerdem deutlich, wie wichtig es ist, im zugrunde liegenden theoretischen Analysemodell die ökonomische Lebenszyklusperspektive um die Perspektive des demografischen Lebensverlaufs zu ergänzen.

Bei der Politikmaßnahme „signifikante Erhöhung des Kindergeldes“ lassen sich ähnliche Unterschiede zwischen dem vollen und dem restriktiven Modell beobachten (Abbildung 7): Während im Modell mit allen Variablen erneut ein nahezu linearer negativer Alterseffekt zu identifizieren ist, gibt es im Modell mit *Alter* als einziger Kontrollvariable deutliche Abweichungen. Wieder ist in jenen Lebensjahren, in denen Elternschaft von Bedeutung ist, der negative Alterseffekt deutlich abgeschwächt. Der Unterstützungsgrad für die Maßnahme fällt dafür umso deutlicher ab dem Alter 45 ab. Das genau umgekehrte Bild ergibt sich dann bei jenen rentenpolitischen Maßnahmen, die das Rentensystem nachhaltig sichern sollen, indem der jüngeren Generation mehr Lasten auferlegt werden (Abbildung 8): In den arbeitsmarktmäßig aktiven Lebensjahren ist die Unterstützung dazu am geringsten, steigt dann aber mit zunehmendem Alter an.

Insgesamt lassen sich also die zu überprüfenden Thesen mit den vorliegenden Daten bestätigen: Alte und Junge unterscheiden sich deutlich in ihren Erwartungen an den Sozialstaat und seinen verteilungspolitischen Aufgaben hinsichtlich der verschiedenen Generationen. Darüber hinaus lassen sich klare Indikatoren für ‚dynastischen Altruismus‘ als ein wichtiges Motiv für sozialpolitische Einstellungen identifizieren: Eltern und Großeltern unterscheiden sich deutlich in ihren Präferenzen von Befragten ohne eigene Kinder und Enkel. Die familiäre Situation überträgt sich somit in den sozialpolitischen Raum öffentlicher Transfers zwischen den Generationen. Aufgrund des wachsenden Anteils Kinderloser ergibt sich hier neben dem Kontrast zwischen Jun-

gen und Alten eine zweite große Herausforderung für die zukünftige deutsche Sozialpolitik.

### Zusammenfassung

Die Ergebnisse des vorliegenden Beitrags lassen den Schluss zu, dass es deutliche Gegensätze zwischen Jungen und Alten in Deutschland gibt; dies sowohl in demografischer als auch sozialpolitischer Hinsicht. Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich altern, der zahlenmäßige Gegensatz zwischen den Generationen verstärkt sich dadurch weiter. Ostdeutsche Regionen werden aufgrund der hohen Abwanderungsraten besonders von dieser Entwicklung betroffen sein.

Für die Gesellschaft und Politik ergeben sich durch diese Verschiebungen nicht nur Anforderungen an die inhaltliche Gestaltung von Politik. Neben Fragen der policy werden auch jene der politics an Bedeutung gewinnen, denn der demografische Gegensatz geht mit einem Gegensatz in den verteilungspolitischen Erwartungen von Jung und Alt einher: Die Wahrscheinlichkeit, staatliche Leistungen an Familien für wichtig zu erachten, sinkt mit zunehmendem Alter. Gleichzeitig favorisieren Ältere Konzepte zur nachhaltigen Finanzierung des Rentensystems, die eher die jüngere Generation belasten.

Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass diese Alterseffekte durchaus plastisch sind und von weiteren Faktoren wie Elternschaft und Großelternschaft abhängen. (Enkel-)Kinderlose haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, staatliche Transfers an die jüngere Generation für wichtig zu erachten. Es ist somit von einer Art ‚dynastischem Altruismus‘ auszugehen, der die innerfamiliären Generationenbeziehungen mit jenen auf staatlicher Ebene verschränkt.

Für die zukünftige Sozialpolitik des Landes ergibt sich auf Basis der identifizierten Einstellungsunterschiede zwischen Jung und Alt eine zentrale Herausforderung: Bei notwendigen Reformen, die aufgrund der demografischen Entwicklungen unvermeidbar sind – wie zum Beispiel die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder ein Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen –, muss stärker auf den Vermittlungsaspekt geachtet werden. Dies zeigt schon allein der zunehmend scharfe Ton im öffentlichen Diskurs über das Generationenverhältnis. Politische Entscheidungsträger sind unter anderem wegen der bisherigen Forschungslage weitgehend davon ausgegangen, dass sich die

verschiedenen Generationen in ihren verteilungspolitischen Präferenzen nicht unterscheiden. Dies ist nicht der Fall. Die analysierten demografischen Effekte könnten sich aufgrund der demografischen Entwicklung mit mehr Älteren und mehr Kinderlosen zukünftig sogar noch verstärken.

### Anmerkungen

1. Der vorliegende Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Artikels „Alte versus Junge“ des Autors (Wilkoszewski 2010).
2. Green Card ist die Bezeichnung für das Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs zwischen 2000 und 2004 und wurde Ende 2004 durch ein neues Zuwanderungsgesetz ersetzt, das es IT-Fachkräften weiterhin erlaubt, privilegiert nach Deutschland einzuwandern.
3. Vgl. Streeck 2007: 55; Attias-Donfut/Arber 2000: 1.
4. Vgl. Haumann 2006; Opaschowski 2004.
5. Vgl. Berichterstattung in verschiedenen Medien, z.B. Cicero online vom 15.04.2008; Nils aus dem Moore 2008.
6. Vgl. Preston 1984.
7. Vgl. Kocka et al. 2009; Attias-Donfut/Wolff 2000.
8. Vgl. Tepe/Vanhuyse 2007.
9. Vgl. Busemeyer et al. 2009.
10. Vgl. Wilkoszewski 2008.
11. Vgl. McGarry/Schoeni 1997.
12. Vgl. Lee 2003.
13. Vgl. Kluge 2009; Bommier et al. 2004.
14. Vgl. Börsch-Supan/Reil-Held 2001.
15. Vgl. Boeri et al. 2001.
16. Vgl. Kohli 2005.
17. Vgl. Europäische Kommission 2004; Blekesaune/Quadagno 2003; Andreß/Heien 2001; Hicks 2001; Smith 2000.
18. Kohli 2005: 21.
19. Vgl. Smith 2000.
20. Vgl. Europäische Kommission 2009.
21. Vgl. Schokkaert 2006.
22. Vgl. Blekesaune/Quadagno 2003; Hicks 2001.
23. Kohli 2005: 15.
24. Vgl. Kohl 2003.
25. Smith 2000: 12.
26. Vgl. Busemeyer et al. 2009.
27. Vgl. Wilkoszewski 2008; Miettinen et al. 2008.
28. Vgl. Wilkoszewski 2008.
29. Vgl. Busemeyer et al. 2009.
30. Busemeyer et al. 2009: 199.
31. Vgl. dazu auch Schokkaert 2006.
32. Vgl. Wilkoszewski 2008.
33. Vgl. Wilkoszewski 2008; Schokkaert

2006.

34. Vgl. GGS 2005; PPAS 2003.

35. Vgl. PPAS 2003.

36. Vgl. Hastie/Tibshirani 1990.

37. In allen Modellen wurde durch Imputationsverfahren fehlenden Fällen bei der Variable Haushaltseinkommen Rechnung getragen. Außerdem wurden die unabhängigen Variablen auf Kollinearität getestet. Alle Variance Inflation Factors lagen dabei unter 2,5.

38. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS- und GGS-Datensätze 2003 und 2005.

39. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS 2003.

40. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS 2003.

41. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS 2003.

### Literatur

Andreß, Hans-Jürgen / Heien, Thorsten (2001): Four worlds of welfare state attitudes? A comparison of Germany, Norway, and the United States. In: *European Sociological Review*, Jg. 17 (4/2001), 337–356.

Attias-Donfut, Claudine / Arber, Sara (2000): Equity and solidarity across the generations. In: Arber, Sara / Attias-Donfut, Claudine (Hg.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London/New York: Routledge, 1–21.

Attias-Donfut, Claudine / Wolff, François-Charles (2000): The redistributive effects of generational transfers. In: Arber, Sara / Attias-Donfut, Claudine (Hg.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London/New York: Routledge, 22–46.

aus dem Moore, Nils (2008): Deutschland, eine Gerontokratie? Cicero online. [www.cicero.de/97.php?ress\\_id=9&item=2553](http://www.cicero.de/97.php?ress_id=9&item=2553). Abruf am 03.05.2010.

Blekesaune, Morten / Quadagno, Jill (2003): Public attitudes toward welfare state policies. A comparative analysis of 24 nations. In: *European Sociological Review*, Jg. 19 (5/2003), 415–427.

Boeri, Tito et al. (2001): Would you like to shrink the welfare state? The opinions of European citizens. In: *Economic Policy*, Jg. 32 (1/2001), 7–50.

Bommier, Antoine et al. (2004): The development of public transfers in the US: historical generational accounts for education, social security, and medicare. Paper for the PAA annual meetings 2004. Boston.

Börsch-Supan, Axel / Reil-Held, Anette (2001): How much is transfer and how much insurance in a pay-as-you-go system? In: *Scandinavian Journal of Economics*, Jg. 103 (3/2001), 505–524.

Busemeyer, Marius R. et al. (2009): Attitudes towards redistributive spending in an era of demographic ageing: the rival pressures from age and income in 14 OECD countries. In: *Journal of European Social Policy*, Jg. 19 (3/2009), 195–212.

Cox, Donald / Soldo, Beth J. (2004): Motivation for money and care that adult children provide for parents. Center for Retirement Research Working Papers 2004. <http://escholarship.bc.edu/retirement-papers/11>. Abruf am 03.05.2010.

European Commission (2009): Solidarity between generations. Special Eurobarometer. European Opinion Research Group EEIG. Brüssel.

European Commission (2004): The future of pension systems. Special Eurobarometer 161/ Wave 56.1. European Opinion Research Group EEIG. Brüssel.

Galasso, Vincenzo / Profeta, Paola (2002): The political economy of social security: a survey. In: *European Journal of Political Economy*, Jg. 18 (1/2002), 1–29.

Hastie, Trevor / Tibshirani, Robert (1990): *Generalized Additive Models*. New York: Chapman and Hall.

Haumann, Wilhelm (2006): *Generationenbarometer 2006. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach*. Freiburg/München: Alber.

Hicks, Peter (2001): Public support for retirement income reform. OECD Occasional papers no. 55. Paris.

Kluge, Fanny A. (2009): Transfers, consumption and income over the lifecycle in Germany. MPIDR Working Paper no. 14. Rostock.

- Kocka, Jürgen et al. (Hg.) (2009): Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Altern in Deutschland. Band 8. Stuttgart: Wiss.-Verlags-Gesellschaft.
- Kohl, Jürgen (2003): Principles of distributive justice in pension policies. Cross-national variations in public opinion. Annual Meeting of the ISA Research Committee 19. Toronto.
- Kohli, Martin (2005): Aging and justice. Research Report no. 74 of the Research Group on Aging and the Life Course (FALL). Berlin.
- Kohli, Martin / Szydlik, Marc (Hg.) (2000): Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen: Leske und Budrich.
- Lee, Ronald (2003): Intergenerational Transfers. In: Demeny, Paul / McNicoll, Geoffrey (Hg.): Encyclopedia of Population. New York/London: Macmillan, 542–545.
- Logan, John R. / Spitze, Glenna D. (1995): Self-interest and altruism in intergenerational relations. In: Demography, Jg. 32 (3/1995), 353–364.
- McGarry, Kathleen / Schoeni, Robert F. (1997): Transfer behaviour within the family. Results from the Asset and Health Dynamics (AHEAD) Study. In: Journal of Gerontology: Psychology and Social Sciences 52B special issue, 82–92.
- Miettinen, Anneli et al. (2008): Family Policies: Financial or Institutional Measures? Preferences of Childless Persons and One-Child Parents. In: Höhn, Charlotte et al. (Hg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study: Vol.1: Family Change. Amsterdam: Springer, 391–410.
- Neyer, Gerda R. / Andersson, Gunnar (2007): Consequences of Family Policies on Childbearing Behavior: Effects or Artifacts? MPIDR Working Paper no. 21. Rostock.
- Opaschowski, Horst W. (2004): Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Preston, Samuel H. (1984): Children and the elderly. Divergent paths for America's dependents. In: Demography, Jg. 21 (4/1984), 435–457.
- Rürup, Bert / Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin.
- Schokkaert, Erik (2006): The empirical analysis of transfer motives. In: Kolm, Serge-Christophe / Ythier, Jean Mercier (Hg.): Handbook of the economics of giving, altruism and reciprocity. Band 1. Oxford, 127–181.
- Siems, Dorothea (2010): Familienministerin gibt Pläne für mehr Vätermomate auf. Welt Online. www.welt.de/die-welt/politik/article7879321/Familien-ministerin-gibt-Plaene-fuer-mehr-Vaetermomate-auf.html. Abruf am 01.06.2010.
- Smith, Tom W. (2000): Public support for governmental benefits for the elderly across countries and time. OECD-Report. Paris.
- Streck, Wolfgang (2007): Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt? In: Max-Planck-Forschung 1/2007, 54–59.
- Tepe, Markus / Vanhuyse, Pieter (2009): Are Aging OECD Welfare States on the Path to the Politics of Gerontocracy? Evidence from 18 Democracies, 1980-2002. In: Journal of Public Policy, Jg. 29 (1/2009), 1–28.
- Wilkoszewski, Harald (2008): Demographic pressure and attitudes towards public intergenerational transfers in Germany – how much room left for reforms? In: Tremmel, Jörg (Hg.): Demographic change and intergenerational justice: the implementation of long-term thinking in the political decision-making process. Berlin: Springer, 175–205.
- Wilkoszewski, Harald (2009): Age trajectories of social policy preferences. MPIDR Working Paper no. 34. Rostock.
- Wilkoszewski, Harald (2010): Alte versus Jung. In: Glaab, Manuela / Weidenfeld, Werner / Weigl, Michael (Hg.): Deutsche Kontraste 1990-2010. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Frankfurt: Campus Verlag, 355-386.



**Autorenangaben**  
 Dr. Harald Wilkoszewski hat 2011 seinen PhD an der London School of Economics erworben. Er ist derzeit am „Centre for Educational Research and Innovation“ der OECD sowie am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock beschäftigt.

Kontaktdaten:  
 Dr. Harald Wilkoszewski  
 OECD Directorate for Education  
 2, rue André Pascal  
 75 775 Paris, Cedex 16, France.  
 E-Mail: Harald.Wilkoszewski@oecd.org

## Altersstruktur der großen deutschen Parteien (Stand 31.12.2011, nach Niedermayer 2012) (Angaben in Prozent)

	14-15 Jahre	16-20 Jahre	21-25 Jahre	26-30 Jahre	31-35 Jahre	36-40 Jahre	41-45 Jahre	46-50 Jahre	51-55 Jahre	56-60 Jahre	61-65 Jahre	66-70 Jahre	71-75 Jahre	76-80 Jahre	81-85 Jahre	86-x Jahre	Durchschnitt
CDU	-	0,6	2,2	3,2	4,2	5,1	7,5	9,0	9,2	10,0	10,8	10,7	12,0	7,5	5,0	3,1	59
CSU	-	0,4	1,7	3,2	4,7	6,0	8,4	9,9	10,2	10,4	10,9	9,8	11,1	6,8	4,1	2,4	57
SPD	0,0	0,8	3,0	3,7	3,8	3,7	5,8	8,2	10,0	11,8	13,0	10,5	10,7	7,1	4,7	3,2	59
FDP	-	1,1	4,1	6,2	8,0	8,4	9,8	9,9	8,6	9,2	9,8	9,6	7,8	3,6	2,3	1,5	52
Grüne	0,1	2,1	6,0	8,2	8,3	8,1	11,2	14,6	14,9	12,7	7,2	3,5	1,9	0,7	0,3	0,2	47
Linke	0,1	1,3	3,9	4,3	4,1	3,9	5,6	8,0	9,2	10,7	8,0	6,5	8,4	9,8	10,3	6,0	60

Anmerkungen: Parteieintritt möglich ab einem Alter von 16 Jahren (CDU, CSU, FDP) bzw. 14 Jahren (SPD, Linke ab 2008). Die Grünen legen kein Mindestalter fest. Ohne Angaben herausgerechnet, d.h. auf die Gesamtheit derjenigen prozentuiert, von denen das Alter bekannt ist.

Bei den Grünen könnten die Geburtsdaten von 90% der Mitglieder ausgewertet werden.

Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2011. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 43. Jg. (2/2012).

Berechnungen auf Basis der Angaben der Parteigeschäftsstellen.